Ulrich Binder | Jürgen Oelkers (Hrsg.)

Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit

Reflexionen in pädagogischer Perspektive

BELTZ JUVENTA

Ulrich Binder | Jürgen Oelkers (Hrsg.)
Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit.
Reflexionen in pädagogischer Perspektive

Ulrich Binder | Jürgen Oelkers (Hrsg.)

Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit. Reflexionen in pädagogischer Perspektive

BELTZ JUVENTA

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-3638-1 Print
ISBN 978-3-7799-4633-5 E-Book (PDF)

1. Auflage 2017

© 2017 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Hannelore Molitor
Satz: text plus form, Dresden
Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autoren und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie im Wandel – Einleitung
Ulrich Binder und Jürgen Oelkers 7

Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit …

Öffentlichkeit in mediatisierten Gesellschaften von heute.
Von inhaltsbezogenen Kommunikationsformen
zu medienbezogenem kommunikativen Handeln
Friedrich Krotz 16

Mediendifferenzierung und der neue Strukturwandel
der Öffentlichkeit
Tilmann Sutter 31

Digitale Öffentlichkeit zwischen Fragmentierung
und Mini-Publics
Caja Thimm 49

Bewegungen im Web 2.0.
Soziologische Beobachtungen zu einem Strukturwandel der Privatheit
Martin Stempfhuber 61

ITube – von der repräsentativen zur individuellen Öffentlichkeit
Udo Thiedeke 74

… und Fragen der Bildung, Bildungspolitik, Bildungsorganisation und Bildungswissenschaft

Öffentliche Bildung ohne Öffentlichkeit?
Zum Verhältnis von Allgemeinbildung, neuen Medien
und den Bürgern
Jürgen Oelkers 90

Sozialstrukturwandel, Bildung und Kinderöffentlichkeit
Michael Klundt 118

Transformation des Bildungsalltags?
Eine Synopse des Potenzials digitaler Medien
Jeffrey Wimmer 133

Strukturwandel der Öffentlichkeit 3.0 mit allen Updates?
Alessandro Barberi und Christian Swertz 151

Die „Filterblase".
Ein Disput über ihre öffentlichkeitstheoretische
und pädagogische Bedeutsamkeit
Ulrich Binder und Heinz-Elmar Tenorth 180

Zu Diensten der Politik.
Verspielt die Erziehungswissenschaft ihre epistemische Autorität?
Walter Herzog 203

Skandalisierung oder Differenzierung?
Balancen erziehungswissenschaftlicher Kommunikation
an der Schnittstelle zu massenmedial vermittelter Öffentlichkeit
am Beispiel von Kindheitsdiskursen
Elmar Drieschner 219

Die Herausgeber und Autor/innen 238

Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie im Wandel – Einleitung

Ulrich Binder und Jürgen Oelkers

Die Ideen von Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie sind erst seit dem 18. Jahrhundert und der Aufklärung eng miteinander verwoben (Israel 2013). Die attische Demokratie kannte kein allgemeines Wahlrecht und so auch keine allgemeine Bildung, die mittelalterliche Öffentlichkeit bestand aus Orten der Gerichtsbarkeit und der Abstimmungen, die durch Herrschaft und Zugehörigkeit geregelt waren. Diskursive Bildungsvoraussetzungen gab es nicht.

Demgegenüber kommt in einer demokratisch verfassten Gesellschaft der politischen Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle zu und sie muss auf Bürgerinnen und Bürger setzen, die kritikfähig sind und sich artikulieren können. Öffentlichkeit verlangt Lernfähigkeit und Wissen, zwei Bedingungen dafür sind allgemein zugängliche Bildung und geregelter schulischer Unterricht. Jeder kann an öffentlichen Auseinandersetzungen teilnehmen, unabhängig von Herkunft oder Stand.

Für die enge Verbindung zwischen Regierungsform und Erziehungsform gibt es einen prominenten Kronzeugen, nämlich den französischen Aufklärer Montesquieu, der im *Esprit des Lois* von 1748 drei verschiedene Regierungsformen unterschieden hat, denen jeweils die dazu passenden Erziehungsformen zugeordnet werden. Ist die Regierung die einer Republik und ist diese demokratisch, dann muss auch die Erziehung demokratisch sein. Das gilt allerdings auch für die beiden anderen Regierungsformen, die Monarchie und die Despotie.

Der unbedingte Vorrang der Demokratie entstand theoretisch im Umfeld der amerikanischen Revolution. In zahlreichen Texten der Aufklärung von Joseph Priestley bis Thomas Jefferson ist von „öffentlicher Bildung" die Rede, ohne die die Gesellschaftsform der Demokratie nicht bestehen könne, weil es keine freien Bürger geben würde. Untertanen brauchen keine Bildung. Die Anfänge dieser Überzeugung gehen auf die englische Revolution zurück und der bis heute gültige theoretische Ausdruck ist John Deweys Buch *Democracy and Education,* das 1916 erschien und immer noch einflussreich ist.[1]

Montesquieus funktionale Sichtweise konnte sich im deutschen Sprachraum lange nicht durchsetzen, was auch mit dem Gewicht des Protestantismus in der pädagogischen Theorie des 18. und 19. Jahrhunderts zu erklären ist, also dem

1 Siehe etwa die Beiträge in dem Diskussionsband von Waks/English (2017).

Vorrang des Individuums in der Erziehung. Der Bezug auf die Staatsform schien dann nachgeordnet zu sein. Der Zürcher Schriftsteller und Republikaner Johann Heinrich Pestalozzi etwa entwickelte einflussreiche Vorstellungen über die Bildung des Volkes, die wenig mit den tatsächlichen Formen der Schweizer Republiken zu tun hatten.

Pestalozzi war strikt gegen die staatlich organisierte Volksschule und optierte für eine mütterlich geprägte „Wohnstubenerziehung", die seine Methodenbücher anleiten sollten. Die häusliche Erziehung bezog sich auf den gesellschaftlichen Stand, über den sie nicht hinausgehen sollte. Die demokratische Gesellschaft und mit ihr die politische Öffentlichkeit waren kein Thema, es sollten um „Menschenbildung" gehen und nicht um die künftigen Bürgerinnen und Bürger.

So war es auch nicht Pestalozzi, sondern der Schwyzer Pfarrer Konrad Tanner[2], Lehrer, Bibliothekar und später Abt des Klosters Einsiedeln, der 1787 als erster deutschsprachiger Autor eine Erziehung für die Demokratie konzipiert hat.[3] Grundlage waren Montesquieus Regierungsformen, die aber nun pädagogisch qualifiziert wurden (Fuchs 2015, S. 65 ff.). Tanner ging davon aus, dass für die Demokratie eine *bessere* Erziehung notwendig sei als für jede andere Regierungsform. Der freie Bürger kann nicht einfach über seinen Kopf hinweg regiert werden, sondern nimmt „an der Regierung selbst Antheil" (Tanner 1787, S. 11).

Das Wohl des Staates hängt von der Bildung seiner Bürger ab, der Bürger „ist selbst Beherrscher und Gebieter", er wählt und stimmt ab, in diesem Sinne ist er „der Richter jedes Theiles der Republik und des Ganzen zugleich[;] er setzt sich seine Vorgesetzten, er schliesst Bündnisse, er errichtet Gesätze, kurz, er ist ein getheilter Monarch" (ebd.).

> „Zu diesen wichtigen Verrichtungen braucht er also unstreitig mehr Einsicht, mehr Beurtheilungskraft, mehr sittliche Denkungsart, mehr aufgeheiterte Vernunft, als jeder aristokratische Landsmann vonnöthen hat, der nur zum Gehorsam gebohren oder der monarchistische Unterthan, welcher von der Vorsehung bestimmt ist, den Befehlen seines unumschränkten Herrn zu gehorchen" (ebd., S. 11 f.).

„Jedes Glied in der Demokratie [ist] der Beförderung zu jeder Staatsverwaltung fähig", und sein Schicksal hängt nicht wie in der Monarchie von den „Ahnen",

2 Diesen Hinweis verdanken wir Fritz Osterwalder.

3 Konrad Tanner (1752–1825) war von 1808 bis zu seinem Tod auch Abt des Klosters Einsiedeln. Er war dort zuvor Lehrer der Rhetorik an der Klosterschule und Theologielehrer für die Bruderschaft. Von 1782 war er als Lehrer und Präzeptor in Bellinzona tätig. Tanner kehrte 1795 als Statthalter nach Einsiedeln zurück, musste nach Österreich fliehen und wurde dann 1808 Abt.

sondern „von seinem eigenen Verdienste“ ab (ebd., S. 12). Was jedoch der „demokratische Landsmann“ tut und werden kann, erwächst nicht aus seiner Natur, sondern ist seiner „zweckmässigen Erziehung“ geschuldet (ebd.). Der Zweck der Erziehung ist politisch und bezieht sich auf das Zusammenleben in der Demokratie.

Konrad Tanner hatte die amerikanische Revolution vor Augen und kannte deren Begründungsschriften. In denen ging es tatsächlich um den Zusammenhang von Demokratie, öffentlicher Bildung und Staatsbürgerlichkeit, wobei sich die führenden Intellektuellen wie Benjamin Franklin oder Thomas Jefferson stark von der französischen Aufklärung inspirieren ließen. Beide waren bekanntlich Botschafter in Paris.[4]

Aber was die amerikanischen Gründungsväter nach der Etablierung ihrer Republik postuliert haben, nämlich eine im Minimum gleiche und qualitativ gehaltvolle Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger, war hundert Jahre später noch nicht annähernd umgesetzt. Langsamer Wandel des Schulsystems gegen große Widerstände war überall angesagt, auch in Frankreich. Und die Richtung des Wandels war stark abhängig von der jeweiligen Regierungsform und den konfessionellen Verhältnissen. In Europa gab es im 19. und frühen 20. Jahrhundert nur wenige Demokratien, während sich in allen Ländern das Schulsystem entwickelte und die Bildung anstieg.

Der demokratische Schulplan, den der Marquis de Condorcet 1792 für die französische Nationalversammlung verfasste[5], hatte auf die die Schulentwicklung in Frankreich unmittelbar nach der Revolution keinen Einfluss, genau so wenig wie alle anderen Pläne. Und es war Napoleon, der am 8. August 1808 die religiösen Schulen wieder einführte. Die strikt laizistische Schule entstand erst mit dem Gesetz zur allgemeinen Schulpflicht, das am 28. März 1882 verabschiedet wurde.

Doch der lang gestreckte historische Prozess der öffentlichen Bildung ist den grundlegenden Postulaten der Aufklärung zur *instruction publique* (Condorcet 1994) weitgehend gefolgt, auch wenn die Begründungen verschieden waren. Aber die Verstaatlichung der Schulen, der freie Zugang zur öffentlichen

4 Benjamin Franklin (1706–1790), einer der führenden Naturforscher seiner Zeit und erster Präsident der American Philosophy Society, war von 1776 bis 1785 amerikanischer Botschafter in Paris. Er war etwa mit dem Marquis de Condorcet (1743–1794) befreundet, beide waren Freimaurer und haben über Naturwissenschaft und Bildung korrespondiert. Franklins Nachfolger in den Jahren 1785 bis 1789 wurde Thomas Jefferson (1743–1828), der zum Begründer der öffentlichen Bildung in den Vereinigten Staaten wurde.

5 Rapport et projet de décret relatifs à l’organisation générale de l’instruction publique. Présentation à l’Assemblée législative: 20 et 21 avril 1792 (www.assemblee-nationale.fr/histoire/7ed.asp).

Bildung und die Laizität der Lehrpläne, sind Merkmale der Entwicklung überall in Europa und in den Vereinigten Staaten.

In den angelsächsischen Ländern wird von „public education" gesprochen, weil Bildung als „public good" gilt. Ähnliches trifft auch für die Schweiz zu, während in Deutschland von „Volksbildung" oder „Allgemeinbildung" die Rede ist und Öffentlichkeit nur indirekt einen Bezugspunkt darstellt. Der Staat sollte und soll die Bildung regieren, was auch heißt, dass es keine öffentliche Schulaufsicht gibt.

Schon der bayerische Schulrat Heinrich Stephani (1813, S. 53 f.)[6] hatte in seinem *System der öffentlichen Erziehung* als erste von fünf Hauptbedingungen für die „Verbesserung" des Erziehungssystems die Verstaatlichung und den Aufbau einer zweckgemäßen Schulorganisation gefordert. Dazu sollte auch ein eigenständiger Zweig im Staatshaushalt gehören, also das Ende der Praxis, die öffentliche Erziehung nur als „Nebensache" im Haushalt zu führen (ebd., S. 57).

Die vier anderen Bedingen für die Etablierung der öffentlichen Erziehung sind die Einrichtung eines genügend großen Fonds für die Bestreitung der nicht geringen Ausgaben (ebd., S. 61), die Anstellung der Lehrpersonen ausschließlich nach erwiesener Tüchtigkeit (ebd., S. 66), weiter die Akzeptanz jeder „Verbesserung des Erziehungswesens" im Volk (ebd., S. 73) und schließlich die Anwendung eines planmäßigen Verfahrens (ebd., S. 74), das einem vernünftigen System der öffentlichen Erziehung folgt und tatsächlich „Verbesserungen" erreicht (ebd., S. 73).

Die Prognose von Stephani war im Blick auf Finanzierung, Ausbildung des Personals, Akzeptanz im Volk und staatliche Schulorganisation erstaunlich zutreffend, auch wenn der Prozess nicht von einem „System" der öffentlichen Erziehung geleitet wurde und ganz unterschiedliche Geschwindigkeiten kannte.

Aber seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in den westlichen Ländern allmählich eine qualifizierte Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger, wie sie in den Begründungsschriften der französischen Aufklärung gefordert worden war (Hofer 1999).

Die öffentliche Bildung sollte gewährleisten, dass die Staatsbürger sich an den politischen Geschäften beteiligen und ihre Anliegen öffentlich zum Ausdruck bringen können.

In diesem Sinne diente – und dient – die öffentliche Bildung der Öffentlichkeit und genauer gesagt der *politischen* Öffentlichkeit oder dem reflexiven Zu-

6 Der Theologe Heinrich Stephani (1761–1850) war mehrere Jahre als Hauslehrer tätig, studierte Jura und wurde dann in die kirchliche Verwaltung berufen. 1808 wurde er Kreisschul- und Kirchenrat in Bayern. Nach heftigen Konflikten mit den kirchlichen Behörden in München wurde Stephani 1817 Dekan und Stadtpfarrer in Gunzenhausen. 1834 wurde er seines Amtes enthoben. Stephani ist einer der Erneuerer der Lautiermethode für den Leseunterricht.

sammenleben in der Gesellschaft. Partizipation und Verstehen politischer Vorgängen sind nicht möglich ohne ein Grundmaß an Bildung für alle, und der Grundsatz gilt auch dann, wenn sich nicht jeder politisch engagiert.

Für diesen Zweck wurde ein Schulsystem aufgebaut, das es vor der Aufklärung nicht gab und das nur mit dem Schulmonopol des Staates herausgebildet werden konnte. Das Monopol besteht bis heute und ist weitgehend ungebrochen. Die Nationalstaaten wurden für die Volksbildung zuständig, nämlich erließen Schulgesetze, entwickelten dazu passende Lehrpläne, bauten eigene Verwaltungen auf, übernahmen auch weitgehend die Finanzierung der Schulen und drängten damit, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß, die Privatschulen zurück (Geiss 2014; Aubry 2015).

Aber das ist eher nur ein Nebeneffekt, der zudem wegen der kirchlichen Schulen lange sehr umstritten war. In der Hauptsache entstand ein System, das Bildung aufwerten und die Qualität langfristig kontrollieren konnte, dabei international ähnliche Verfahren und Normen ausbildete und langsam auch auf Fremdfinanzierung verzichtete. Noch im 20. Jahrhundert wurde für die weiterführenden Schulen Schulgeld erhoben, und es bestand keine Lehrmittelfreiheit. Eine komplett freie und unentgeltliche Verschulung für alle Stufen ist in Deutschland keine sechzig Jahre alt.[7]

Die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit setzt eine gemeinsame Sprache voraus und verlangt zur rationalen Verständigung ein möglichst hohes Minimum an Bildung für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist keine bestimmte Kultur oder Herkunft maßgebend, sondern nur die Kultur der demokratischen Öffentlichkeit selbst, also etwa das Prinzip der freien Meinungsäußerung innerhalb und außerhalb von Parlamenten, das transparente Aushandeln der Interessen, die diskursive Vorbereitung von Entscheidungen und die Anerkennung der jeweiligen Mehrheiten.

Die politische Grundeinheit für Wahlen und Entscheidungen in der Demokratie ist das Volk. „Volk" ist nicht völkisch zu verstehen, sondern als Korpus der Wahlberechtigten unabhängig von Rasse, Geschlecht oder Ethnie. Diese abstrakte Form eines Volkes von Stimmbürgern ist die große Errungenschaft der modernen Demokratie. Notwendig ist der Pass und nicht die Abstammung. Aber immer wird Bildung vorausgesetzt; anders wären ein anspruchsvoller Diskurs und engagierter Austausch in der Öffentlichkeit nicht möglich.

Heute sind Schulen rivalisierenden Bildungsmedien ausgesetzt, die schneller, leichter und lernfähiger sind als sie. Eine zentrale Frage ist, was dieser Wandel der Medien für die öffentliche Bildung und die Zukunft der Demokratie bedeutet. Konservative Kritiker sehen bereits den Untergang der Lesekultur vor

7 Auch in den Anfängen der DDR wurde für den Besuch der Oberschule Schulgeld erhoben. Nur Berlin war befreit von Schulgeldabgaben.

sich, weil die Nutzer der Medien nach schnellen Informationen suchen, die selbständig verknüpft werden, ohne auf Niveauansprüche zu achten.

Das staatliche Schulmonopol hat immer die Lernniveaus kontrolliert und war deswegen existentiell auf den Nachweis von Lernfortschritten angewiesen. „Schule" hieß geradezu, auf geordnetem Wege in bestimmten Fächern voranzukommen. Wenn lediglich die jeweiligen Anlässe und die damit verbundene Motivation das Lernen bestimmen, entfällt die Kontrolle durch die niveausetzende Instanz. Der gebildete Bürger bzw. die Bürgerin wären kein Ziel mehr.

Die öffentlichen Schulen müssen gesellschaftliche Erwartungen erfüllen, die von einer minimalen Elementarisierung bis zur Hochbildung immer mit Perfektionsansprüchen verbunden sind. Deswegen entflammen immer wieder Debatten über die mangelhafte Beherrschung der Schriftsprache, der Grundrechenarten oder auch der mündlichen Ausdrucksfähigkeit. Und in der Tat, sind solche Fähigkeiten nicht vorhanden oder werden mit jeder Generation geringer, dann muss die Frage nach dem Generationenvertrag der Schule neu gestellt werden.

Demokratie verlangt nicht nur Lernfähigkeit, sondern Bildung im Sinne von Verstehensleistungen, die nicht einfach ad hoc erreicht werden können, sondern den langfristigen Aufbau von Wissen voraussetzen. Das gilt umso mehr, wenn jedes Anliegen und Ereignis zum politischen Thema gemacht werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auch entscheiden, was sie nicht als politisches Thema ansehen.

Aber die Räume und Bedingungen der Meinungsäußerung haben sich nicht nur erweitert, sondern fundamental verändert. Neue Medien und Kommunikationstechnologien und -settings sorgen dafür, dass sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzieht, der anders und radikaler sein dürfte, als dies Jürgen Habermas (Habermas 1962) oder zuvor schon Walter Lippmann (Lippmann 1922; 1925) beschrieben haben, weil neben der Öffentlichkeit der klassischen Medien und des persönlichen Austausches nicht einfach eine weitere entsteht, sondern die alte Öffentlichkeit zum Verschwinden gebracht werden könnte.

Wäre das so, würde eine zentrale Legitimation der modernen Pädagogik, nämlich die Bildung künftiger Bürgerinnen und Bürger für die Belange der Demokratie einerseits und die Bearbeitung öffentlicher Themen andererseits, völlig neu zur Verhandlung kommen. Herkömmliche Bildung wäre in Frage gestellt.[8]

---

8 Visionen gibt es genug: Die neuen Medien, so der amerikanische Kritiker David Gelernter – Grundlage seiner Schulkritik ist die Kreativität des Kindes (Gelernter 2016, S. 297–344) – oder auch der deutsche Ingenieur Sebastian Thrun im Silicon Valley – Thrun betreibt „Udacity", ein Bildungsunternehmen, das 1 000 Absolventen pro Tag anstrebt (Der Spiegel Nr. 10 vom 28. 2. 2015, S. 25) –, machen die Schule als Institution überflüssig und führen dazu, dass Lernen ohne das Prokrustesbett der Schulorganisation möglich wird.

Eine Erziehungswissenschaft, die sich weiterhin auf das Verhältnis von Bildung, Demokratie und Öffentlichkeit konzentrieren will, wird sich mit solchen Problemlagen nicht nur neuerlich, sondern auch neu auseinandersetzen müssen. Der vorliegende Sammelband repräsentiert einen diesbezüglichen Versuch.

Literatur

Aubry, Carla (2015): Schule zwischen Politik und Ökonomie. Finanzhaushalt und Mitspracherecht in Winterthur, 1789–1869. Zürich: Chronos Verlag.

Condorcet, Marquis de (1994): Cinq mémoires sur l'instruction publique. Ed. par Ch. Coutel/C. Kintzler. Paris: Garnier Flammarion.

Dewey, John (1985): The Middle Works 1899–1924, Vol. 9: Democracy and Education 1916. Ed. by J. A. Boydston; intr. by S. Hook. Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois: University Press.

Fuchs, Markus (2015): Lehrerinnen- und Lehrerperspektiven in der Helvetischen Republik. Bad Heilbrunn/Obb.: Verlag Julius Klinkhardt. (= Studien zur Stapfer-Schulenquête von 1799).

Geiss, Michael (2014): Der Pädagogenstaat. Behördenkommunikation und Organisationspraxis in der badischen Unterrichtsverwaltung, 1860–1912. Bielefeld: transcript Verlag.

Gelernter, David (2016): Gezeiten des Geistes. Die Vermessung unseres Bewusstseins. Übers. v. S. Vogel. Berlin: Ullstein.

Habermas, Jürgen (1962): Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag.

Hofer, Ursula (1999): „Instruction Publique" in the French Eighteenth-Century Discourse of Modernisation. Studies in Philosophy and Education Vol. 18, Issue 1 (January), 15–24.

Israel, Jonathan (2013): Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights. Oxford: Oxford University Press.

Lippmann, Walter (1922): Public Opinion. New York: Harcourt, Brace and Company.

Lippmann, Walter (1925): The Phantom Public: A Sequel to „Public Opinion". New York: Harcourt and Brace.

Stephani, Heinrich (1813): System der öffentlichen Erziehung. Ein nöthiges Handbuch für alle, welche an derselben zweckmässigen Antheil nehmen wollen. Zweite verbesserte und wohlfeilere Ausgabe. Erlangen: Bei Johann Jakob Palm.

Tanner, Konrad (1787): Vaterländische Gedanken über die mögliche gute Auferziehung der Jugend in der helvetischen Demokratie. Zürich: o. A.

Waks, Leonard/English, Andrea (Eds.) (2017): John Dewey's Democracy and Education. A Centennial Handbook. Cambridge: Cambridge University Press.

Bildung ist Nutzung von Information, und die Google-Brille (google glass) ersetzt das Schulbuch. Smartphones bestimmen das öffentliche Verhalten auf eine bislang unbekannte Weise und scheinen aufschiebendes Lernen überflüssig zu machen. Wissen muss nicht länger als persönlicher Vorrat angesehen werden, wenn das Internet die Gedächtnisfunktionen übernimmt. Und was immer dann als Bildung und Kommunikation angesehen wird, bezieht sich auf viele Öffentlichkeiten mit und ohne Ortsbindung. Schulen müssen auf den medialen Wandel reagieren; die Frage ist nur, ob sie sich damit selbst gefährden oder sich ohne Existenzangst modernisieren können.

Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit …

Öffentlichkeit in mediatisierten Gesellschaften von heute

Von inhaltsbezogenen Kommunikationsformen zu medienbezogenem kommunikativen Handeln

Friedrich Krotz

1. Öffentlichkeit als Prozess

Öffentlichkeit ist irgendwo zwischen Demokratie und Staat, Medien und Politik, der Bevölkerung und dem Individuum angesiedelt, und deswegen ein zentrales Thema der Kommunikations- und Medienwissenschaft, der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Demokratie. Das „irgendwie" ist bei dieser Festlegung bewusst gewählt, denn der jeweilige „Ort" und die konkrete Funktion von Öffentlichkeit sind historisch, kulturell und gesellschaftlich abhängig und keineswegs immer gleich. Sie müssen immer wieder neu verstanden und bestimmt werden, und auch, wer Öffentlichkeit gegen Übergriffe verteidigen oder sie weiter entwickeln will, muss „Ort" und Funktion ebenso wie deren Probleme und Veränderungen und die Bedingungen dafür im Blick haben. Diese unbestimmte Notwendigkeit soll dieses „irgendwie" ausdrücken.

Der damit in den Blick genommene Prozesscharakter von Öffentlichkeit und ihre Abhängigkeit von vielfältigen Bedingungskonstellationen wird hier deshalb so betont, weil uns die Sprache immer wieder dazu verführt, dass man das Substantiv „Öffentlichkeit" als Gegenstand, als Objekt, als etwas Festes und zumindest zunächst einmal als in bestimmter Weise Vorhandenes begreift und behandelt und einen Wandel dann allenfalls in einem sekundären Schritt untersucht. Auch die formale Logik legt mit ihrer dinglich basierten Grundannahme, dass jedes Ding sich selbst gleich sei, diese Umgangsweise nahe. Stattdessen ist aber eigentlich Heraklit gefragt: „Man kann nicht zweimal an der gleichen Öffentlichkeit teilhaben" – so ließe sich sein Satz über den Fluss der Zeit in diesem Zusammenhang umformen: Öffentlichkeit ist Prozess, sowohl in ihrer inneren Struktur als auch in ihrer Abhängigkeit von der Komplexität ihrer Existenz als Relation zwischen vielem. Dies wäre bei jeder Analyse zentral zu berücksichtigen.

Im deutschen Sprachraum ist bekanntlich die einerseits historische, andererseits gleichzeitig prognostische Studie von Habermas (Habermas 1962) zentraler Bezugspunkt jeder wissenschaftlichen Diskussion von Öffentlichkeit –

ohne Zweifel eine Arbeit, die Entwicklungen beschreibt, sowohl kleine als auch große. Den historischen Teil haben auch namhafte Historiker wie beispielsweise Ulrich Wehler akzeptiert (Wehler 1987, S. 326ff.); von dem eher prognostischen, der über die bürgerliche Öffentlichkeit hinausgeht, hat sich Habermas bekanntlich selbst teilweise in der Neuauflage seines Buches distanziert (Habermas 1990). Insgesamt aber ist festzuhalten, dass Soziologie und Politikwissenschaft ebenso wie Kommunikations- und Medienwissenschaft seither eher nur nach großen Veränderungen gefragt haben; gängig ist heute die Frage nach dem Strukturwandel von Öffentlichkeit. Damit wird Öffentlichkeit aber zu etwas, was vor allem verschiedene Stufen durchläuft, obwohl Öffentlichkeit zugleich auch ein kontinuierlicher, in seinen Brüchen dialektisch zu fassender Prozess ist, wie die Analyse des Entstehens von Öffentlichkeit gezeigt hat. Dies wird auch für den Wandel von Öffentlichkeit heute deutlich, wenn man ihn in der hier eingenommenen Perspektive betrachtet, nämlich dem Medienwandel und der Mediatisierung, die bekanntlich zum Entstehen und etwa durch Printmedien und durch die elektrischen Medien Radio und Fernsehen auch wesentlich zum Funktionieren wie zum Wandel von Öffentlichkeit beitragen.

Der hier vorgelegte Aufsatz kann natürlich keineswegs alle angesprochenen Fragen verfolgen oder gar beantworten. Gleichwohl soll aber versucht werden, Öffentlichkeit dadurch als Prozess aufzuzeigen, als dass sich diese Entität sowohl in ihren relevanten Beziehungen nach außen, etwa zur Demokratie und zu den möglichen Beteiligungsformen der Menschen, als auch in ihrer inneren Struktur im Kontext des Wandels der Medien verändert.

Dazu werden wir uns im folgenden Teilkapitel mit den Ansätzen von Habermas und Imhof auseinandersetzen und rekonstruieren, dass sowohl Habermas als auch Imhof Öffentlichkeit vor allem als Prozess gedacht haben, der sich in Stufen entwickelt. In den beiden weiteren Teilkapiteln werden wir dann demgegenüber vor allem den heutigen Mediatisierungsprozessen und deren Folgen nachgehen.

2. Entstehung und struktureller Wandel von Öffentlichkeit in der Perspektive von Habermas und Imhof

(Politische) Öffentlichkeit spielte und spielt sowohl als kommunikationswissenschaftliches wie als soziologisches Konzept eine Rolle. Dies beruht, wie bekannt, im deutschen Sprachraum im Wesentlichen auf den Arbeiten von Jürgen Habermas, der Öffentlichkeit zu einem für jede Demokratietheorie und damit für demokratiebezogene Sozialwissenschaften zentralen Konzept entwickelte (Habermas 1962). In der klassischen, noch an einer auf Massenmedien bezogenen Kommunikations- und Medienwissenschaft verstand man darunter eine Entität, die „aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen [bestand, F.K.], deren

Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu *politischen Themen* äußern." (Gerhards 1998, S. 694, Hervorhebung im Original). Unterschieden wurden dabei verschiedene Ebenen von einfachen Kommunikationssituationen bis hin zu einer massenmedial und professionell hergestellten Öffentlichkeit. Deren politische Bedeutung ergibt sich kurz gesagt aus den Notwendigkeiten der Demokratie, wobei die in der Folge von Habermas' Arbeiten entstehenden kritischen im Unterschied zu systemtheoretischen Öffentlichkeitskonzepte einerseits Deliberation, andererseits die von Habermas angeführte Vermachtung von Öffentlichkeit durch die Vorherrschaft von organisierten Interessengruppen in den Mittelpunkt stellten.

Habermas (Habermas 1962) hatte das Entstehen politischer Öffentlichkeit als Fortsetzung des freiheitlich ausgerichteten und gleichberechtigten Dialog der mitteleuropäischen Staatsbürger des 18. und 19. Jahrhunderts verstanden, bei dem – in der Regel – das beste Argument den Ausschlag gibt; wichtig war für den Erfolg des zivilgesellschaftlichen Diskurses freilich auch die damals bestehende Interessensgleichheit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die beide auf freie Informationen angewiesen waren und sich auf dieser Basis gegen die Vorherrschaft des bürokratischen Feudalismus zusammentaten.

Im Anschluss an die Entstehung von Öffentlichkeit hat Habermas dann deren Strukturwandel im Kapitalismus beschrieben und unter den Begriff der Refeudalisierung gestellt. Vor allem in seinem Kapitel über den sozialen Strukturwandel von Öffentlichkeit entwickelte er die These, dass diese Entwicklung letztlich in einen Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit mündet. Die dazu passende, allerdings nicht unmittelbar daran anschließende These einer Kolonialisierung von Lebenswelt als Gegenpol einer zunehmenden systemisch/kapitalistischen Entwicklung entstand erst im Zusammenhang mit seiner Theorie kommunikativen Handelns (Habermas 1987). Gleichwohl hat sich Habermas in der zweiten Auflage seines Öffentlichkeitsbuches von der pessimistischen Perspektive auf der Basis einer Analyse der Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf eine relativ differenzierte Weise distanziert (Habermas 1990, S. 20 ff.), worauf hier nicht weiter eingegangen werden kann. Dabei hat er, am Rande vermerkt, auch die technische Entwicklung berücksichtigt, wie seine Diskussion von Josua Meyrowitz' Studie „No sense of Place" (Meyrowitz 1990) in der Tradition der sogenannten Mediumstheorie in der Folge von Innis und McLuhan belegt, die Habermas freilich für zu linear gedacht hielt (Habermas 1990, S. 48 f.); auf den Charakter des technisch/organisatorisch bedingten Wandels geht er dort nicht weiter ein.

Habermas' Arbeit ist nach wie vor grundlegend für jede Öffentlichkeitstheorie, auch wenn daran zahlreiche Kritikpunkte festgemacht worden. In der Perspektive der Cultural Studies (vgl. hierzu auch Stevenson 1995) wurde beispielsweise hervorgehoben, dass zwar die Produktion und die Inhalte von Medien

berücksichtigt, aber die Rezeption und deren Konsequenzen ignoriert werden. Ferner stellt sich die Frage, wie einheitlich-ideologisch Öffentlichkeit eigentlich ist bzw. inwiefern sie sich im Laufe der Zeit in dieser Hinsicht verändert. Sodann ist die Beschränkung auf den Nationalstaat und die männlich dominierte Öffentlichkeit, die Frauen und Arbeiter aus der Analyse ausschließt, kritisiert worden; auch sei die Annahme, dass sich das beste Argument durchsetze, zu ideal. Ergänzend lässt sich in kritischer Absicht auch auf alternative (Wimmer 2007) sowie heimliche Öffentlichkeiten (Romahn 2015), auf den Mediendispositivbegriff im Anschluss an Foucault (Steinmaurer 2015) sowie darauf verweisen, dass Habermas seine Analyse gerade im Hinblick auf umkämpfte Entwicklungen nicht nur historisch-systematisch, sondern auf der Basis dialektischer Überlegungen hätte aufbauen müssen (Krotz 2015). Denn nur so ließe sich wohl genauer rekonstruieren, wie sich denn aus vernetzten Kaffeehausdiskursen hoch spezialisierte Massenmedien entwickeln können, die einerseits auf technischer Basis im Wesentlichen von privatwirtschaftlichen Unternehmen betrieben werden und die früher den öffentlichen Diskurs tragenden Bürger auf die Nutzung von Massenmedien reduzieren – so grundlegend, dass die Reste auf interpersonaler Kommunikation beruhender Öffentlichkeiten wie die Schweizer Kanton-Öffentlichkeiten oder die in manchen US-Staaten stattfindenden Präsenztreffen zur Wahl des Präsidenten als eher merkwürdige Überbleibsel der Vergangenheit erscheinen. Zusammenfassend ist dementsprechend festzuhalten, dass in Habermas' Arbeit jedenfalls der Prozesscharakter zwar nicht in allen Details berücksichtigt worden ist, aber gleichwohl die Beschreibung doch relevant durchzieht.

Den Hinweis auf einen zweiten, neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit, der unbedingt zur Kenntnis zu nehmen sei, verdanken wir Kurt Imhof. Er hat diese Idee in einem wichtigen Buch (Imhof 2011) propagiert und entwickelt, auf diversen Tagungen vertreten und schließlich auch mit eingeladenen Kommentaren in der Zeitschrift für Theoretische Soziologie (ZTS) zur Diskussion gestellt.

Imhof geht erstens von einer Kritik an der Soziologie aus, die in seiner Sicht dem Konzept Öffentlichkeit nicht die zentrale Rolle eingeräumt hat, die ihm gebührt. Die Soziologie setze zwar in ihrer klassischen Form am Prozess der Aufklärung an, weil erst dadurch die Subjekte die gesellschaftliche Ordnung in Bezug auf Vernunft statt auf Vorsehung entworfen hätten, aber sie habe danach „Öffentlichkeit" kaum mehr zur Kenntnis genommen, obwohl doch erst der letztliche Bezug jedes Denkens und Handels auf Öffentlichkeit eine demokratisch orientierte Soziologie generieren könne. Zweitens begreift Imhof Öffentlichkeit dezidiert als Prozess – sie muss immer verteidigt und vor allem auch kritisch weiter entwickelt werden, damit sie ihre so existentiell benötigte Wirksamkeit auch unter sich verändernden Bedingungen entfalten kann. Dabei kommt auch den Massenmedien eine wesentliche Rolle zu. Drittens schließlich

habe sich, so Imhof, in den letzten Jahren das Mediensystem vom politischen System entkoppelt und immer weiter ausdifferenziert, sodass der Demokratie ihr wesentliches Selbstbeobachtungsinstrument, zugleich aber auch der symbolische Ort der Bürgerbeteiligung wie auch der Deliberation immer weiter abhanden komme. Auf diesem Feld vor allem liegt auch die empirische Expertise Imhofs, der eine Vielzahl von Indikatoren quantitativer und qualitativer Art anführt, die diese Diagnose stützen, wie Selektionslogiken, Personalisierung und Privatisierung. Dahinter steht insbesondere auch, dass heute nicht mehr Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam gegen den Feudalismus opponieren, vielmehr setzten jetzt Staat und Wirtschaft die Zivilgesellschaft unter Druck (hierzu auch Krotz 2014).

Zweifelsohne sind die von Imhof in den Vordergrund gerückten Zeichen eines neuerlichen Strukturwandels von Öffentlichkeit von erheblicher Bedeutung. Gleichwohl ist die Frage, ob die Diagnose insgesamt nicht zu konservativ ist, weil der Medienwandel letztlich ebenso radikal ausgeblendet wird wie viele andere gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung oder Individualisierung – diese sind vor allen Dingen auch deshalb von Bedeutung, weil sie vermutlich eine andere innere Struktur und Funktion von Öffentlichkeit bedingen, was Imhof nicht weiter in den Blick nimmt. Denn es liegt auf der Hand, dass in einem anders funktionierenden Mediensystem – siehe die nächsten Teilkapitel –, aber auch im Hinblick auf neue Machtkonstellationen und hegemoniale Einflussweisen sich Mediensysteme anpassen müssen – beispielsweise heute im Hinblick auf Fake news, mit denen ein korrekter Journalismus allein vermutlich nicht ohne weiteres fertig wird, die aber für eine kontinuierliche Diskreditierung von Teilen des politischen Systems sorgen können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass mit den Arbeiten von Habermas und Imhof zwar eine Grundlage für eine weiterführende Diskussion für Öffentlichkeit unter den heutigen Bedingungen gelegt ist und das Öffentlichkeit auch deutlich als Prozess konzipiert wird, dass dabei aber zentrale konzeptionelle Fragen offen bleiben: Die Bedeutung des Medienwandels, aber auch die Frage nach einem Wandel der inneren Struktur von Öffentlichkeit, die an Massenmedien gebunden bleibt, sowie die vergleichsweise traditionellen Überlegungen zur Funktionsweise von Öffentlichkeit, die der Komplexität einer Ansiedlung von Öffentlichkeit in der Gesellschaft heute nicht immer gerecht werden, sollten genauer berücksichtigt werden. In dem vorliegenden Aufsatz wird nun vor allem der Medienwandel und die damit verbundenen Bedingungen für Öffentlichkeit genauer in den Blick genommen.

3. Mediatisierung und die damit in Gang gebrachte Transformation von Öffentlichkeit

Mit einer Berücksichtigung des Wandels der Medien für die Konstitution von Öffentlichkeit ist natürlich nicht gemeint, dass die Medientechniken dafür ausschlaggebend sind. Vielmehr zieht ein technischer Wandel, der zu einem Wandel eines Mediums führt, langfristig einen Wandel kommunikativer Potenziale für mögliche Nutzerinnen und Nutzer, einen Wandel damit verbundener Organisationsformen, der institutionellen und normativen Einbettung von Medien in Kultur und Gesellschaft sowie einen Wandel von Medieninhalten, gesellschaftlichen Bedingungen für Medien und ästhetischen Formen nach sich – diese Veränderungen kommen natürlich durch den Umgang der Menschen mit den neuen Potenzialen zustande und können sich natürlich auf Öffentlichkeit auswirken. Zu berücksichtigen sind dabei insbesondere auch die dafür relevanten gesellschaftlichen Machtprozesse, die sich aber gleichzeitig auch in diesem Rahmen verändern können, weil etwa neue Eliten, neue Unternehmensformen, neue Geschäfts- und Institutionsmodelle und insgesamt so auch neue Machtagglomerationen und Machtechnologien zustande kommen und wirksam werden können. Bei der folgenden Darstellung werden wir uns einiger Ergebnisse und insgesamt der Perspektive des Mediatisierungsansatzes auf der Basis des DFG-Schwerpunktprogramms „Mediatisierte Welten" (Krotz/Despotovic/Kruse 2014; Hepp/Krotz 2014; Krotz/Despotovic/Kruse im Druck, Krotz im Druck), aber auch bereits früher vorgetragener Überlegungen (Krotz 1998; 2000) sowie weitere Ergebnisse aus der Mediatisierungsforschung (Lundby 2014) bedienen.

Der Mediatisierungsansatz zielt darauf ab, *den Wandel der Medien und seine Bedeutung für den Alltag und das Zusammenleben der Menschen und damit auch für Kultur und Gesellschaft konzeptionell zu fassen, empirisch zu untersuchen und im Hinblick auf soziale Theorien zu analysieren und daraus dann auch Schlussfolgerungen zu ziehen.* Dabei geht Mediatisierungsforschung vom einer *sozialen Perspektive* aus und setzt am Erleben der Menschen an (vgl. hierzu auch Sowinska 2016): Sie erleben, dass immer mehr ihrer Alltagshandlungen und Lebensbedingungen in einem Bezug zu Medien stehen – selbstfahrende Autos, Arbeitsplätze, familiäre Lebensbedingungen, soziale Beziehungen usw. Dieses Erleben wird in der Regel als medienbezogen oder sogar als mediatisiert beschrieben und bezeichnet. Daran knüpft der hier vorgestellte Ansatz mit seinem Namen und seiner Fragestellung an. Auch wenn man früheren sporadischen Verwendungen des Begriffs „Mediatisierung" nachgeht, wie dies Stefanie Averbeck-Lietz (Averbeck-Lietz 2014) getan hat, zeigt sich immer wieder, dass dieser Begriff im 20. Jahrhundert vor allem im Zusammenhang mit einem Medienwandel verwendet wurde.

In einer derartigen sozialen Perspektive lassen sich dann drei notwendige und zusammengehörige Forschungsansätze der Mediatisierungsforschung unterscheiden:

- Die Untersuchung der *aktuellen Entwicklung,* die meistens mit dem etwas unpassenden Begriff der Digitalisierung bezeichnet wird: während „Digitalisierung" auf die Form der Datendarstellung Bezug nimmt, die in der hier gewählten sozialen Perspektive eher belanglos ist, sollte stattdessen eher von einer computergestützten oder computergesteuerten Medienentwicklung die Rede sein, denn es sind letztlich die Computer und die Computernetze, die die vielfältigen neuen Formen von Kommunikation, Handeln und all den anderen Phänomenen ermöglichen, und die insgesamt in ihren konkreten Operationen und ihrer weitergehenden Entwicklung vor allem von den größten bisher von Menschen geschaffenen Unternehmen wie Apple, Amazon, Google, Facebook etc. abhängig sind.
- Die Untersuchung der *historischen Entwicklung* der Medien im Rahmen von Kultur und Gesellschaft, die ja eine wesentliche Voraussetzung für die Verwendung der digitalen Medien von heute ist – ohne Schrift oder Alphabetisierung oder ohne kulturelle Lernprozesse, welche Musik schön ist und wie man Bilder ansieht und interpretiert, wäre die heutige Medienentwicklung kaum denkbar; obendrein kann man aus der Vergangenheit lernen.
- Und eine *kritische Analyse und Bewertung,* die beispielsweise am Kritikbegriff der Frankfurter Schule (Adorno 1978) anknüpft, indem sie das Vorhandene in seinem Bezug auf das Mögliche analysiert und beurteilt und daraus Schlussfolgerungen zieht. Eine derartige Kritik hat wie jede Kritik immer auch normative Grundlagen; hier wird unter dem „Möglichen" eine Entwicklung der Medien verstanden, die zur Selbstverwirklichung der Menschen im Rahmen eines demokratischen Zusammenlebens beiträgt.

Im Rahmen dieser aktuellen, historischen und kritischen Mediatisierungsforschung müssen dann auch weitere gesellschaftliche Prozesse angemessen berücksichtigt werden, die für den Medienwandel und dessen Folgen für Alltag, Kultur und Gesellschaft eine Rolle spielen. Dazu gehören insbesondere *Globalisierung, Kommerzialisierung und Individualisierung,* weil diese Langzeitprozesse einerseits Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Medien setzen, andererseits aber auch zu den Bedarfen beitragen, warum Menschen, Unternehmen und Institutionen neue Medien erfinden und verwenden – beispielsweise impliziert Individualisierung eine Bedeutungsreduktion traditioneller sozialer Beziehungen wie der Familie oder der Nachbarschaft, was dann umgekehrt neue Bedarfe nach Informationen und Wissen schaffen kann. Die Untersuchung dieser Fragen setzt ein Denken und Forschen in Prozessen voraus, insofern auch Medien keine stabilen Einheiten, sondern Prozesse sind: Mediatisierungsforschung

muss immer als Transformationsforschung gesehen werden, weil unter dem Einfluss des Wandels der Medien langfristig wenig bis nichts unverändert bleibt, insofern sich zumindest stets relevante Handlungs- und Kommunikationskontexte verändern.

In einer derartigen Perspektive lässt sich nun sagen, dass Mediatisierungsforschung gleichzeitig *zwei eigenständige, aber zusammenhängende Transformationen* in den Blick nimmt: Was die aktuelle Forschung angeht, einerseits die Transformation der Medien, wie sie im letzten halben Jahrhundert mit dem Aufkommen der Computer stattgefunden hat, und andererseits die darin gründende Transformation von Alltag, Kultur und Gesellschaft, die nach den sozialen Konsequenzen dieser Transformation fragt.

Dies lässt sich am Beispiel der Mediatisierung der Familie illustrieren: Familien wollen und müssen einerseits die vielfältigen neuen Computermedien bzw. Computergestützten Medien in ihre Struktur integrieren, vom Stand alone Computer bis zum Smartphone in ihren jeweiligen Facetten, und sich auch mit dem Wandel der „alten" Medien Fernsehen und Bücher, Musik und Telefonieren beschäftigen, deren Inhalte und Nutzungsformen sich geändert haben. Andererseits haben sich im Kontext dieser Integration medialer Entwicklungen die Gestaltung von sozialen Beziehungen, die internen Familienstrukturen und das Aufwachsen der Kinder und die Kontakte zu den hier involvierten Institutionen wie der Schule wesentlich gewandelt: Mehr und mehr Kommunikation in der Familie und aus der Familie heraus bzw. in die Familie hinein findet medial vermittelt und sehr viel individualisierter statt; mehr und mehr Aktivitäten in der Familie oder im Rahmen der Familie finden medienbezogen statt, insofern man in der Präsenz von Medien miteinander spricht und Alltag gestaltet, oder indem man über Medien spricht und über Sachverhalte, die man vor allem oder nur aus den Medien kennt. Alles zusammen ist so weit entwickelt, dass man Familie mit Kindern heute nur noch verstehen und das Geschehen dort wissenschaftlich rekonstruieren kann, wenn man die Medien mit einbezieht – und das ist genau die Definition der Aussage, dass Familie heute eine *mediatisierte Entität* ist.

Beschäftigen wir uns nun allgemeiner zunächst mit der ersten Transformation, der *Transformation der Medien.* Sie besagt, dass sich *die alten Medien,* die also schon vor dem Aufkommen der Computer vorhanden waren, verändern, und dass zudem neue Medien entstanden sind. Das bedeutet insbesondere, dass das frühere Mediensystem, also die Menge aller den Menschen zugänglichen Medien (Kleinsteuber 2005; Thomaß 2007) sich weiter entwickelt hat, und zwar zu einer *digitalen Infrastruktur aus computergesteuerten Medien, die tendenziell alle symbolischen Operationen einer Gesellschaft integriert.*

Sieht man sich das frühere Mediensystem an, so bestand es – neben Medien der interpersonalen Kommunikation, nämlich Brief und Telefon – im Wesentlichen aus Massenmedien, die sich über Inhalte an bestimmte Wahrnehmungs-

formen der Menschen gerichtet haben: Schrift- und Printmedien, die tagesaktuellen Medien Zeitung, Radio und Fernsehen sowie etwa die Musik-, die Bild- und die Bewegtbildmedien. Zusätzlich kann man sagen, dass jedes dieser Medien bzw. die verschiedenen Mediengruppen zu verschiedenen historischen Zeitpunkten entstanden sind, so die Printmedien im 15., der Fotoapparat im 19., das Fernsehen im 20. Jahrhundert, und ferner, dass jedes dieser Medien im Wesentlichen einzigartig war: von seiner Technik und Organisation her, von seiner sozialen Einbettung etwa durch öffentliche Institutionen und Unternehmen und begleitet durch medienspezifische Normen und Gesetze, etwa zum Jugendschutz, in seinen Inhalten und ästhetischen Formen, und in Erwartungen und Nutzungsweisen seitens der Publika oder Individuen. Vor allem die tagesaktuellen Medien Zeitung, Fernsehen und Radio galten als für Öffentlichkeit als relevant.

Heute sind diese alten Medien dabei, ihre Besonderheiten zu verlieren; sie sind mittlerweile Teil der computergesteuerten digitalen Infrastruktur und werden von Computern simuliert. Dabei haben sie sich auch wesentlich verändert – so haben sie ihre frühere materiale Form verloren, insofern beispielsweise Streaming-Prozesse für Musik, Bücher, Filme etc. immer weitere Verbreitung finden, so sprechen immer mehr dieser Medien als elektronische Angebote mögliche Nutzerinnen und Nutzer nicht mehr nur auf einem, sondern auf mehreren Wahrnehmungskanälen an, insofern sie andere Medien und deren Ästhetiken integrieren, und sie werden auch unterschiedlich genutzt – beispielsweise verschwinden Fotos nicht mehr überwiegend in privat genutzten Fotoalben, sondern werden in entsprechenden Netzangeboten wie Facebook oder Instagram präsentiert, dienen die meisten Kamerabilder der Überwachung mit entsprechend reduzierten ästhetischen Formen und sind neue Motive fürs Fotografieren entstanden, die sich etwa auf Selfies richten. Natürlich bedeutet das nicht, dass die alten Medien damit radikal verschwunden sind – immer noch gibt es bekanntlich Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Radio und Fernsehen, aber sie bekommen allmählich, auch deswegen, weil sie anders angeboten und anders genutzt werden, eine andere Bedeutung, insbesondere auch für die Konstitution von Öffentlichkeit. Dies deshalb, weil ihre Angebote jederzeit aufgerufen werden können, aber auch, weil derartige Angebote zunehmend etwa von YouTube, Facebook oder Google übernommen und in personalisierter Form weiter verbreitet werden, aber nicht mehr, um irgendwelchen Informationskriterien zu genügen, sondern um Nutzer daran zu hindern, die jeweils besuchte social software zu verlassen. Sie erhalten so einen werblichen Charakter, der sich mit dem früheren journalistischen Auftrag nicht unbedingt mehr deckt.

Neben dem Wandel der alten Medien haben sich *neue Medien und Mediendienste* entwickelt. Sie lassen sich in vier Gruppen einteilen: Erstens *neu institutionalisierte Massenmedien,* die sich ähnlich wie die früheren Massenmedien über bestimmte Inhalte an mögliche Nutzerinnen und Nutzer wenden, vor al-